

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1846

5.9.1846 (No. 242)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, den 5. September.

N^o. 242.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbj. 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkrungsgebühr: die gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

1846.

Deutschland.

△ Karlsruhe, 3. Sept. Die Tagesordnung der 68ten öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer führte zur Diskussion des von Basser mann erstatteten Kommissionsberichts über das die Trennung der Justiz von der Administration betreffende nachträgliche Budget, so weit es das Ministerium des Innern angeht. Der Titel „Amtskassenverwaltung“ gibt zu keinen Bemerkungen Anlaß. Unter der Rubrik: „Eigentlicher Staatsaufwand“ hat die Regierung die Gehalte des Personals der Lokalpolizei von 35,247 fl. auf 46,100 fl. erhöht, um auch noch in den Städten Donauerschlingen, Kehl, Pforzheim und Lahr die Polizei in die Hände von Staatsbeamten übernehmen zu können. Die Budgetkommission bleibt jedoch bei dem Budgettag von 35,247 fl. stehen. Geh. Referendar v. Stengel zeigt die Nothwendigkeit, in den genannten Städten die Polizei auf den Staat zu übernehmen. Baum befreit dies, insofern von Lahr die Rede, da die Fabrikarbeiter, deren der Regierungskommissar erwähnt, Abends in die benachbarten Dörfern zurückkehren, der angeführte Grund also nicht stattfindet. Richter beruft sich auf §. 6 der Gemeindeordnung, wonach die Gemeinde die Polizei auszuüben habe, und ihr dieselbe ohne ihre Einwilligung nicht genommen werden könne. Man werde also bei Lahr nicht auf Uebernahme der Polizei durch den Staat eingehen können, da die Stadt selbst es nicht wolle. Jung hanns I. berührt in Bezug auf Kehl den Umstand, daß Kehl als Uebergangsort nach Straßburg ungleich mehr polizeiliche Geschäfte verursacht. Richter stellt die Anfrage, ob Kehl eingewilligt oder verlangt habe, daß der Staat die Polizei übernehme. Ministerialpräsident Rebenius: Die Einwilligung ist nicht erforderlich, das Gesetz hat schon vorgehen. Wenn übrigens in einem Ort, so ist es in Kehl nöthig, daß der Staat die Polizei handhabe. Geh. Referendar v. Stengel erläutert, daß die Regierung nicht beabsichtigt, in Kehl auch die Ortspolizei zu übernehmen, sondern sie wolle nur einen Polizeikommissar im Interesse des Verkehrs anstellen. Müller berichtet einen Irrthum, indem er sich bei der letzten Berathung des Budgets und der Abstimmung über das Polizeipersonal in Rastatt befunden. Er habe damals gegen die Vermehrung von vier Polizeidienern in Rastatt gesprochen und gestimmt, in der Voraussetzung, daß schon 10 Polizeidiener und 1 Wachtmeister daselbst angestellt seyen, während es sich nun gezeigt habe, daß eigentlich nur 6 Polizeidiener und 1 Wachtmeister sich dort befunden, und die vier weiteren erst mit Bezug auf das zu genehmigende Budget hingekommen seyen, und nun in Folge des Kammerbeschlusses wieder zurückgezogen würden. Er stelle daher den Antrag, die vier weiteren Polizeidiener für die Dauer des Festungsbauens zu bewilligen. Nach einer längeren Debatte, in welcher Basser mann und Brentano gegen Müller's Antrag sich erheben, Schaaff und die Regierungskommissare Ministerialrath Vogelmann und Ministerialpräsident Rebenius für denselben sprechen, wird der Antrag angenommen. Dört, Schmitt von M., Schaaff und Christ sprechen sodann, nachdem Geh. Referendar v. Stengel den Antrag dahin modifizirt, daß in Kehl nur ein Polizeikommissar vom Staate bestellt werden und die Gemeinde keinen Beitrag leisten soll, für diesen Antrag, welcher nach dem Antrag des Abgeordneten Jung hanns I., für Kehl einen Polizeikommissar zu bewilligen, so wie im Uebrigen bei der Abstimmung über die Gesamtsumme der Kommissionsantrag angenommen wird. Unter der Rubrik: „Besoldungen für Beamte“ fordert die Regierung für 55 Oberämter 136,600 fl.; diese Oberämter haben 87 Beamte, und zwar 55 Aemter je einen Beamten, und 19 größere Aemter von 25 — 40,000 Seelen noch je einen Assessor und endlich 13 Polizeikommissare. Die Besoldungen der 55 Aemter betragen von 1400 fl. bis 2600 fl. Die Kommission bringt dagegen nur 103,000 fl. in Antrag, und zwar für 55 Beamte à 1600 fl. die Summe von 88,000 fl., und den Rest von 15,000 fl. als vorübergehenden Aufwand, welcher nach Maßgabe des Abgangs der jetzt höher als 1,600 fl.

besoldeten Angestellten sich vermindern und zuletzt wegfallen kann. Die Kommission ist nämlich der Ansicht, daß diese Verwaltungsbeamten mit den Justizbeamten gleichgestellt werden sollen, welche ebenfalls nur 1600 fl. erhalten; die 15,000 fl. als vorübergehender Aufwand sollen sodann nur dazu dienen, denjenigen, welche schon jetzt mehr als 1600 fl. haben, ihre bisherige Besoldung zu lassen, so daß bei ihrem Abgange nach u. nach die 15,000 fl. wieder wegfallen, indem alle neu anzustellenden Verwaltungsbeamten nicht über 1600 fl. erhalten würden. In Bezug auf die Assessoren will die Kommission deren nur zwölf mit je 1000 fl., also 12,000 fl., bewilligen. Rettig stellt nun den Antrag, die 15,000 fl. nicht als vorübergehenden Aufwand, sondern als Budgetposition zu bewilligen, und führt aus, daß es nicht möglich sey, die Beamten alle nur mit 1600 fl. zu besolden, da nothwendig Einzelne je nach den Verhältnissen einen höheren Gehalt ansprechen könnten. Basser mann beruft sich auf das Budget des Justizministeriums, das beschriebener, für die Justizbeamten auch nicht mehr als 1600 fl. verlangt habe. Ministerialpräsident Rebenius erklärt, es seyen die Bedürfnisse reiflich erwogen worden; mit geringeren Gehältern, als verlangt worden, könne man nicht auskommen; es sey eine Lebensfrage. Er macht insbesondere, und beispielsweise darauf aufmerksam, daß in den Städten Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg zc. ein Beamter, zumal wenn er Familie habe, mit 1600 fl. unamöglich leben könne. Dahmen spricht nicht für die Personen, sondern im Interesse der Bezirke; er zeigt, wie diesen vor Allem daran gelegen seyn muß, daß die Verwaltungsbeamten tüchtige, kenntnißreiche Männer seyen, und lange auf ihren Stellen bleiben, um die Verhältnisse genau kennen zu lernen und darnach erst segendreich wirken zu können. v. Jgstein will auch geschulte Leute zu Verwaltungsbeamten; allein die Justizbeamten seyen doch wichtiger, als Verwaltungsbeamte. Ueberdies bezögen die bereits vorhandenen ihre Besoldung fort, weil sie Patente hätten, nur wolle man später die zu hohen Besoldungen vermindern. Ministerialpräsident Rebenius bemerkt, daß er nicht mit Bezug auf die Beamten eines Zweiges gesprochen; wir hätten bestehende Verhältnisse, die beachtet werden müßten. Trefurt, Knapp, Martin und Geh. Rath Beck sprechen noch für Rettig's Antrag. Letzterer führt insbesondere aus, daß die Justizbeamten mehr Gelegenheit hätten, weiter zu kommen, ein Vortheil, der den Verwaltungsbeamten nicht in gleichem Maße in Aussicht stehe. Es sehe aber jeder auch auf seine Zukunft, sowohl ökonomisch, als in Bezug auf Ehrenstellung. Es müßten darum die Verwaltungsbeamten nicht im Allgemeinen, aber nach gewissen Stellen höher besoldet werden. Einen sehr hohen Werth legt aber der Redner noch darauf, daß durch die Aussicht auf höhere Besoldungen auch die Justizbeamten Veranlassung erhalten, in das Verwaltungsgeschäft überzugehen, wodurch nicht nur die von Vielen bei Eintreten der Trennung der Justiz von der Administration befürchtete Einseitigkeit der Letztern vermieden, sondern auch der weitere Vortheil erreicht werde, daß den Verwaltungsbeamten, die bisher alle die Rechtskarriere durchlaufen, auch künftig dieser Vorzug offen bleibe. Nur in der Verwaltung der Justiz habe die Angewöhnung statt, sich ferne von aller Willkür nur strenge an den Gesetzen festzuhalten. Es würden aber künftig nicht mehr Richter in die Verwaltung übergehen, wenn sie in letzterer nicht besser besoldet seyen, also keine Aussicht auf Beförderung hätten. Gottschalk spricht noch gegen Rettig's Antrag, Schmitt v. M. für denselben. Bei der Abstimmung wird sodann der Antrag des Abg. Rettig verworfen und jener der Kommission angenommen. — Schaaff, welcher mit Anderen nicht mehr zum Wort zugelassen worden, erklärt: „Das war eine Lebensfrage.“ — Die Positionen für „Amtsverweser und Amtgehilfen“, für „Amtspraktikanten“, für „Physici, Assistentenärzte und Amtschirurgen“ werden ohne Erinnerung angenommen. Für die „Amtsaktuar“ fordert die Regierung je 500 fl. Die Kommission beantragt nur 462 fl. Rettig trägt auf 500 fl. an. Weller spricht dagegen, und wird der Kommissionsantrag angenommen. Alle übrigen Positionen werden genehmigt und sodann die Gesamts-

Ein Königsberger Lebensbild.

(Fortsetzung)

Neun Jahre waren seitdem verfloßen. —

Der Nachwächter hatte bereits die erste Stunde abgerufen; Todtenstille ruhte auf einer kleinen Nebenstraße des Kneiphofs, in der nur dürftige Handwerker, Schacherjuden und Proletarier wohnen, und fester Schlaf auf den Augen ihrer Bewohner. Nur durch zwei dunkle Fenster in der dritten Etage eines Hauses dieser Straße drang ein matter Lichtschimmer, etwa wie ihn die Lampe gibt, die das Zimmer des stehenden Leidenden, der in unruhigem Halbschlummer sich auf seinem Schmerzenslager hin- und herwirft, mit ungewissem Dämmerlicht erfüllt. In der Stube, zu der diese Fenster gehörten, saß ein Mann, der gebückt emsig an einem weiß seidnen Kleide nähte. Der Mann war ein Damenschneider; das Kleid für eine Braut, die Tochter eines emsigen Gutsbesizers, bestimmte, hatte er von einem Meister in Arbeit bekommen und sollte es zum andern Morgen abliefern, wo es mit der Post an den Bestimmungsort geschickt werden mußte.

Der Schneider schien nicht in der besten Laune zu seyn; während er das bereits tief herabgebrannte Licht puhte, sah er mit unzufriedenen Blicken nach der auf dem Tische stehenden leeren Schnapsflasche, dann auf ein noch ziemlich junges, aber bleiches und abgehärmtes Weib, dessen Gesicht unverkennbare Spuren ehemaliger Schönheit zeigte. Während die Frau mit leichter Hand und flüchtigen Strichen Blonden an einen Armel des Kleides heftete, bewegte sie mit dem linken Fuß eine alte Korbmühle, in der ein etwa ein halbes Jahr altes Kind schlummerte.

„Gilt Dich, daß Du fertig wirst,“ herrschte sie der Mann an, „ich brauche den Armel gleich.“

Die Frau schreckte zusammen, und fuhr mit dem Rücken der freien Hand über ihre Augen, sey es, um den Schlaf von ihnen zu verschrecken, oder um verstoßen eine Thräne daraus zu entfernen; dann warf sie einen Blick auf ihr Kind, das noch ruhig weiter schlummerte.

„So, nun bin ich fertig,“ sprach sie nach einer Weile, und reichte dem Mann den Armel hin, den er schweigend in Empfang nahm und musternd betrachtete.

„Welche elende Näherei,“ rief dieser, sie hart tadelnd; „das hat keine Art und Geschick, das versteht nichts, als die Hände in den Schooß zu legen.“

„Wie ungerecht bist Du, besorge ich nicht allein die Wirtschaft und das Kind...“

„Ich sollte der Frau vom Hause wohl noch eine Magd halten, daß sie, wie in ihrem Leben, mit den jungen Herren liebäugeln und charmen kann, oder fleht der Madame vielleicht der Hr. Doktor noch im Kopfe?“

„Daß die jungen Herren auf mich nicht mehr sehen, dafür hast Du reichlich gesorgt, und was den Doktor betrifft, den laß...“

„Ruhig, Weib,“ fiel ihr der Schneider in die Rede, „nicht gemüthlich;“ und er machte eine drohende Bewegung mit der geballten Faust, die das Weib nur zu gut verstehen mochte; sie bog sich schweigend über die Wiege, nahm das durch die lauten Worte ihres Mannes erwachte Kind auf den Arm und reichte ihm seufzend die Brust.

Nach einer Viertelstunde war die Arbeit beendet, und der Schneider stand auf und packte die Zugflecken zusammen, um es dem Kleide beizufügen. Dann suchte er nach einem Stück Papier, die erübrigte Seite hinaufzuwickeln, und als er kein passendes fand, öffnete er die Kommode und begann dort unter Briefen und Papieren zu wühlen. Mit ängstlichen Blicken beobachtete ihn die Frau, und als er endlich einen Brief hervorzog und ihn zerreißen wollte, rief sie mit lebender Stimme:

„Um Gottes Willen, Mann, nur diesen nicht, er ist das einzige Andenken an meine, ach! zu glückliche Jugend.“

„Du faule Weib, der ist so gut wie jeder andere, und noch besser, das Papier ist fein, und die Buchstaben so fein geschrieben, daß man sie kaum lesen kann.“

Und er theilte den Brief in zwei Hälften, legte die eine zusammen und wickelte die Seite hinauf. Die Frau aber barg ihr Haupt in die Schürze und weinte bittere Schmerzensstränen. (Fortsetzung folgt.)

summe mit Rücksicht auf die im Laufe der Diskussion vorgekommenen Aenderungen angenommen.

Die Tagesordnung führt nun zur Berathung des von dem Abgeordneten v. Jzstein erstatteten Kommissionsberichts über das außerordentliche Budget für die Finanzjahre 1846 und 1847. Der Berichtsteller leitet die Diskussion mit einigen Worten ein, in denen er bemerkt, daß dieses Budget nahezu über drei Millionen (2 919,646 fl. 40 kr., sodann Ausgaben auf den Grundstock 71,531 fl. und einseitiger Kredit zur Vollendung des Akademiegebäudes von 46,000 fl.) verfüge, in größeren und kleineren Positionen, und daß bei Weitem die meisten Bewilligungen Folge von Gesetzen seien, bei den andern aber die Rücksicht auf das Volkswohl und insbesondere auf die Gegenden des Schwarzwaldes und des Odenwaldes entschieden habe. Unter den vielen Positionen habe die Budgetkommission nur 14 beanstandet und nur 2 ärgsten ganz weggelassen; bei allen übrigen habe sie auf Genehmigung angetragen.

Unter der Rubrik: „Staatsministerium und Justizministerium“ werden nach den Bestimmungen des Appanagegesetzes für Seine großherzogliche Hoheit den Prinzen Friedrich, Höchstwelcher am 9. Sept. 1847 in das 21ste Jahr tritt, das Drittheil seiner am 9. Septbr. 1847 beginnenden Appanage von 20,000 fl., also 6666 fl. 40 kr. als Einrichtungsgelder gefordert und genehmigt. Für das Staatsrathspersonal sind nach dem Beschluß der Kammer vom 22. Juli d. J. 6300 fl. und weitere 750 fl. beantragt, die bewilligt werden.

Außerordentliches Budget für das Justizministerium. Zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben des großherzogl. Justizministeriums in der laufenden Budgetperiode wird die Bewilligung von 915,044 fl. gefordert, welche theilweise schon durch frühere Beschlüsse ihre Erledigung gefunden. Die Kommission stellt zunächst den Antrag:

„Die Kammer wolle folgende Erklärung zu Protokoll niederlegen: In dem sie, um die Einführung der neuen Strafgesetzgebung und Strafprozessordnung, so wie die Trennung der Justiz von der Administration nicht aufzuhalten, die erforderlichen Mittel für neue Gebäude, für Herstellung schon vorhandener und für Ankauf von Bauplänen, so weit möglich, in den zu Sizen von Oberamtsgerichten und Bezirksstrafgerichten bestimmten Orten bewillige, obgleich theils gar keine Kostenüberschläge und Pläne, theils nur sehr unvollständige zur Begründung der Bewilligung, wie sie die Budgetkommission nach den Regeln einer guten Staatsverwaltung zu fordern berechtigt ist, vorliegen, sehe sie sich zugleich verpflichtet, eine förmliche Verwahrung gegen jedes Präjudiz, welches man aus dieser, durch besondere Verhältnisse und nur ausnahmsweise nöthig gewordene Bewilligung später allenfalls abzuleiten suchen wolle, auszusprechen und urkundlich in ihr Protokoll aufzunehmen.“

Geheimer Referendar Jungmanns erklärt, die Regierung habe gegen die Form dieser Verwahrung nichts einzuwenden, und wird solche, nachdem v. Jzstein bemerkt, daß dieselbe sich nicht bloß auf die Regierung beziehe, von der Kammer angenommen. — Der Abgeordnete Bissing macht bezüglich der Dienstwohnungen darauf aufmerksam, daß der Staat sich mit denselben so wenig als möglich befasse, und bei den Neubauten solche nicht mehr hergerichtet werden sollen. Der Staat trete mit den Bürgern durch solche Mietwohnungen in Konkurrenz, nicht zu gedenken der Nachtheile, die dadurch theils durch die ungleiche Behandlung der Beamten, theils durch Störungen u. s. w. entstehen. Nur da, wo es das Interesse des Dienstes erheische, wie bei Eisenbahn- und Zollbeamten, seien die Dienstwohnungen zulässig. Er stellt den Antrag, daß die Beträge für Dienstwohnungen im außerordentlichen Budget gestrichen werden. Geh. Referendar Jungmanns hält entgegen, daß den angeführten Nachtheilen auch Vortheile entgegenstehen, und daß auf keinen Fall etwas gespart werde, da man dann in den Städten den Beamten 300 bis 400 fl. Zulage geben müßte. v. Jzstein ist mit Bissing theilweise einverstanden; jedenfalls sollte der Luxus vermieden werden. Nach einigen Bemerkungen von Geh. Rath Bekk wird Bissings Antrag verworfen.

Die Positionen für die „Oberamtsgerichte und Bezirksstrafgerichte“ sind schon früher verhandelt worden, und nur die 56,000 fl. für die Gebäulichkeiten in Karlsruhe werden nochmal zur Sprache gebracht, indem geh. Referendar Jungmanns erklärt, wenn das Bezirksstrafgericht nicht nach Karlsruhe komme, so müsse es doch sonst wohin, und werde also immer eine Summe nöthig seyn; die Regierung fordere zu diesem Zwecke 35,000 fl. Bleidorn stellt den Antrag auf Bewilligung; Schaaff unterstützt denselben. Baum spricht dagegen. Tresurt und Welcker begründen die Forderung und wird darauf Bleidorn's Antrag angenommen.

Für die Errichtung der Hofgerichtslokale werden ohne Erinnerung genehmigt: für das Hofgericht in Konstanz zur Herstellung des Zoller'schen Hofes 19,407 fl.; für Einrichtungen des Hofgerichtsgebäudes in Freiburg 11,200 fl.; für das Hofgericht in Rastatt 5000 fl.; für das Hofgericht in Mannheim 7215 fl.

In dem außerordentlichen Budget der Strafanstalten für 1836 u. 1837 werden 393,935 fl. bewilligt, davon der größte Theil, nämlich 349,954 fl., für den Fortbau und die Einrichtung des neuen Männerzuchthauses in Bruchsal, und zwar zu Vollendung des Baues 222,054 fl., für Herrichtung von Einzelhöfen im Freien zur Bewegung der Sträflinge 25,800 fl., für eine Gasberei- tungsanstalt 30,000 fl., für die Errichtung einer Bäckerei 3500 fl., für Wasserbehälter auf den Dachräumen, Pumpen und Röhrenleitungen 4900 fl., für Glockenzüge 300 fl., für Waschanstalten mit Dampfsapparaten 3000 fl., für Mobiliareinrichtungen 36 500 fl., zu einem Betriebsfond 20 000 fl., für drei Aufnahms- und Krankenzellen 11,210 fl. 51 kr., für einen vierten Zirkel von Einzelhöfen 8600 fl., für Erweiterung der Beamtenwohnungen 25,000 fl., für Brunnenleitung 10,520 fl., für Einfriedigung der Höfe und Gärten 3000 fl., für Pflasterung der Höfe u. Wege 2829 fl. 12 kr. Für Herrichtung der Männerstrafanstalt zu Bruchsal zu einem allgemeinen Arbeitshaus für Männer u. Weiber 19,597 fl., für Herrichtung des bisherigen Zuchthauses in Freiburg zu einem Kreisgefängniß 16,739 fl.; für das Kreisgefängniß in Mannheim 2504 fl.; für eiserne Brunnenröhren in die freiburger Strafanstalt 444 fl.; für Verbesserung der Beamtenwohnung der mannheimer Strafanstalt 4297 fl.

Ministerium des Innern. Für Einrichtung der Amtregistraturen 10,400 fl.; für 150 neue Gendarmeregimente 2858 fl.; für die Erbauung eines Anatomiegebäudes in Heidelberg einseitigen 22,000 fl. Dahmen stellt den Antrag, für den Fall, daß in dieser Budgetperiode das Anatomiegebäude weiter geführt werden könnte, als die 22,000 fl. reichen, den übrigen

nöthigen Budgetsatz gleichfalls zu bewilligen, was genehmigt wird. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Offenburg, 30. Aug. (Korresp.) Das hohe Geburtsfest Seiner Königl. Hoheit unseres durchlauchtigsten Großherzogs Leopold wurde von den Einwohnern unserer Stadt unter aufrichtigen Beweisen hoher, inniger Verehrung und Ergebenheit für ihren geliebtesten Landesfürsten eben so feierlich als herzlich begangen. Am Vorabend zog die Musik des sehr schönen und wohl organisirten Bürgermilitärs durch die Straßen, um die Bewohner auf das bedeutungsvolle Fest des künftigen Tages aufmerksam zu machen, wie sie am Tage selbst früh Morgens zur Theilnahme an dem Feste einlud. Die Huldigung der Bürger, welche seit 1845 als aktiv eingetreten waren, wurde vorgenommen, und Alle schwuren in freudiger Begeisterung dem erhabenen Regenten, dem wohlwollendsten Vaterlandsfreunde, den feierlichen Eid der Liebe und Treue. In schöner Haltung zog um 9 Uhr das Bürgermilitär zur neu und zweckmäßig hergestellten schönen Partikade, wohnin die landesherrlichen und städtischen Beamten begleitet wurden. Ein feierlicher Gottesdienst mit Hochamt wurde gehalten, dem eine sehr große Anzahl Bürger und Einwohner der Stadt und der benachbarten Dörfern anwohnten, um die aufrichtigsten Segenswünsche für die lange Erhaltung unseres Landesvaters zum Himmel zu senden, der mit dem edelsten Herzen in reinster Menschensfreundlichkeit seines Lebens Tage nur dem Glücke getreuer Unterthanen widmet. Bei dem großen, von Mitgliedern aller Stände sehr zahlreich besuchten Festmahle in der neuen Pfähler'schen Restauration, zum ersten Mal und zur vollsten Zufriedenheit gegeben, herrschte loyale Heiterkeit, und mit freudigem Jubel stimmten Alle gegenwärtigen auf den von Herzen kommenden Toast in ein Lebehoch unserem geliebtesten Großherzog und Seinem durchlauchtigsten Hause ein, da Alle erkannten, daß auch der Schatz der Parteilichkeit am heutigen Tage verschwinden müsse, und nur durch bürgerliche Eintracht, unerschütterliche Treue gegen den Landesfürsten und festes Vertrauen zu einer erleuchteten, das Zeitgemäße und wahrhaft Nützliche fördernden Regierung der gesammten Mitbürger Wohl und Glück begründet und gesichert werden könne, welches unseres gerechten und milden Landesregenten fehnlichster Wunsch ist. Am nämlichen Tage feierte ein Jubelpaar, die Bürgerleute Simon Schwend u. Eva Hopfenstock, die goldene Hochzeit, welche vor einem halben Jahrhundert, am 29. August 1796, den heiligen Bund vor Gottes Altar geschlossen, und in einer sturmbelegten Zeit bis jetzt manchen harten Kampf zu bestehen hatten. Mit sichtbarer Rührung wohnten die Kinder und Enkel, deren 28 sind, der erhebenden Handlung bei, welche auf alle Gegenwärtigen einen tiefen Eindruck machte. Auch sie, für welche das heutige Fest eine höhere Weihe dadurch erhielt, daß sie es an dem hohen Geburtsfeste des gnädigsten Landesvaters feiern zu können so glücklich waren, stellten mit allen getreuen Landesbürgern zum Geber alles Guten, daß er den Badenern das hohe Glück bereiten möge, den heutigen Tag in freudiger und dankbarer Ergebenheit noch in den fernsten Jahren feiern, und den huldvollsten Landesfürsten, das erhabene Vorbild eines gottesfürchtigen Familienvaters, mit seinem durchlauchtigsten Hause immer in ungetrübtem Glücke und von des Himmels reichstem Segen begleitet verehren zu können.

Frankfurt a. M., 3. Septbr. (Korresp.) In diesen letzten Tagen sind, wie verlautet, die Protestationen des Herzogs von Augustenburg und des Herzogs von Glücksburg gegen den ihre agnatischen Rechte beeinträchtigenden „offenen Brief“ des Königs von Dänemark (vom 8. Juli) bei der Kanzlei des deutschen Bundestags eingereicht worden. Beschlußnahmen in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage sind weiterem Vernehmen nach von Seiten der Bundesversammlung noch nicht gefaßt worden; die in diesem Betreff bis jetzt in Umlauf gekommenen Gerüchte beruhen lediglich auf Unterstellungen, welche nicht einmal das Verdienst der Wahrheitsähnlichkeit haben, da bei ihnen eine völlige Unkenntnis des gewöhnlichen Geschäftsganges hervortritt. Erst nachdem sämtliche Bundestagsgesandtschaften mit den erforderlichen Instruktionen von Seiten ihrer respektiven Regierungen versehen seyn werden, wird eine, die Entscheidung jener hochwichtigen deutschen Frage vorbereitende Beschlußnahme gefaßt werden können. — Einen sehr befriedigenden Eindruck hat die Nachricht gemacht, daß von einer gewissen Seite ausgegangene Versuche, die allenthalben und in allen Kreisen stattfindenden Kundgebungen einer patriotischen Sympathie für Schleswig-Holsteins Sache als eine Anmaßlichkeit u. ein bedenkliches Präcedenz darzustellen, eine Behinderung der Sympathie-Adressen zu erlangen und jedwede Erörterung der dänisch-deutschen Differenzpunkte den deutschen Befürwortern zu entziehen, völlig mißlungen sind. — Im verwichenen Jahre war die Augusteinnahme der Lannusseisenbahn nur um etwas über 3700 fl. stärker, als die im gegenwärtigen Jahre, obwohl damals die Anwesenheit der preussischen Majestäten und der Königin Viktoria von England und die glänzenden Festlichkeiten auf der Burg Stolzenfels eine ungewöhnliche Frequenz jenes Schienenwegs veranlaßt hatten, und gerade in diesen letzten Monaten die Größung der Main-Neckarbahn fiel, welche dem Zuge eines großen Theiles unserer lebensfrohen Einwohnerschaft neue Zielpunkte bot. Es könnte demnach nun mit Zuverlässigkeit angenommen werden, daß die Main-Neckarbahn auf die Frequenz des Lannusseisenweges nicht, wie man besorgen zu müssen geglaubt hatte, nachtheilig, sondern im Gegentheil nur vorteilhaft einwirken werde. — Auf unserem Fondsmarkte war heute die Stimmung etwas beliebter und der Umsatz mehr belebt, insbesondere in Eisenbahnaktien. Es hieß, per Cassette sey aus Berlin die Nachricht eingetroffen, daß die dortige Bank ihren Diskonto von 5 Proz. auf 4½ Proz. herabgesetzt habe.

Leipzig, 31. August. (Leipz. Z.) Am heutigen Tage blickten die hiesigen Einwohner wiederum mit banger Sorge auf die von der Brandstätte aufsteigenden und stärker werdenden Rauchfäulen. Sie rührten vornehmlich von den in den Niederlagen noch befindlichen brennbaren Materialien her, deren Dämpfen oder Erlöschen, vermöge ihrer besondern Eigenschaften (besonders des Oels) erst nach u. nach zu erwarten steht, wie denn hinsichtlich des Dämpfens der heute erfolgte Einsturz einer Mauer im Hotel de Pologne vorteilhaft war. Leider haben wir aber zu berichten, daß zu den, am Schluß der am 30. August über das Brandunglück ausgegebenen außerordentlichen Beilage der Zeitung erwähnten fünf Todten heute noch ein sechster, der Tischlerlehrling Klingger, zu zählen ist. Das feierliche Leichenbegängniß dieser Opfer wird Mittwoch, 2. Septbr., stattfinden. Verschiedene Personen werden noch vermißt; allein vor Aufräumung des Schuttes wird sich über ihr Schicksal nichts bestimmen lassen. Sind doch schon einige Vermisste wiederum zum Vorschein gekommen. Ein Hauptunglück scheint bei Gelegenheit des Zusammenstürzens der Treppe im Vordergebäude des Hotel de Pologne geschehen zu seyn. Mehrere der auf ihr in Berufsarbeiten Beschäftigten wurden verschüttet. Einige durch die üblen Dämpfe (die heute noch die an die Brandstätte gränzenden Straßen

und den Marktplatz anfüllten) dem Erstickten nahe, wurden mit Mühe wieder zu sich selbst gebracht. Das Unglück ist groß, sehr groß für manchen unserer wackersten Mitbürger wie für die ganze Stadt; allein es ist auch jedem auf-tauchenden Gerichte nicht unbedingt Glauben beizumessen, wie sie hier oder anderwärts sich ausgebreitet haben.

Leipzig, 1. Septbr. (D. N. Z.) Wie in Folge der traurigen Ereignisse dieser Tage zu erwarten war, hat das Festkomitee des 4. Sept. heute folgende Bekanntmachung ergehen lassen: „In Folge des unglücklichen Ereignisses, welches in diesen Tagen unsere Stadt betroffen und leider auch mehrere Menschenleben als Opfer gefordert hat, soll mit Genehmigung des Rathes von den besagten erlassenen Festprogrammen für die Feier des Konstitutionsfestes angeordneten Festlichkeiten mit Ausnahme der kirchlichen Feier und der Speisung der Armen gänzlich abgesehen werden. Es wird daher das Konstitutionsfest diesmal lediglich durch den um 8 Uhr in den Stadtkirchen beginnenden Gottesdienst, zu welchem sich die Behörden und die übrigen Theilnehmer aus der Bürgererschaft vor 8 Uhr auf dem Rathhause versammeln, um sich von da aus gemeinschaftlich in die Nikolaikirche zu begeben, und durch die den Armen bestimmte Speisung begangen werden. Dagegen würden wir es als eine würdige Feier des wichtigen Festtages betrachten, wenn die Fürsorge unserer Mitbürger sich Denjenigen zuwendete, welche bei dem beklagenswerthen Ereigniß in Erfüllung ihres Berufs und in dem Eifer, den Bedrängten Hülfe zu leisten, ihre Gesundheit, ja ihr Leben zum Opfer gebracht haben. Außerdem macht unser Rath bekannt, daß morgen die sechs bei der Feuersbrunst verunglückten Personen gemeinschaftlich und feierlich beerdigt werden sollen.“

Berlin, 30. August. (Rhein. V.) Nachdem die Generalsynode ehe-gestern die Beratung des Verfassungsentwurfs in ihrer 55. Sitzung beendet hatte, versammelte sie sich gestern zu einer Schlussung, in welcher nach Verlesung des letzten Protokolls der Hr. Minister Eichhorn noch einmal in längerer Rede zur Versammlung sprach, und diese ihm durch den Mund ihrer beiden ältesten Mitglieder, des Hrn. Generalleutnant Hiller v. Gärtringen aus Schleßen und des Hrn. Kanzler v. Wegnern aus Königsberg, antwortete. Zur Erhöhung der Feier war der Dom-Sängerchor zugegen, mit dem Gesang des Liedes: „Nun danket Alle Gott!“ wurde dieselbe geschlossen. Gegen Abend begaben sich sämtliche Mitglieder in die Wohnung des Hrn. Ministers Eichhorn, um demselben ein Prachtexemplar des zur Erinnerung an die Synode bestimmten Albums als Zeichen und Denkmal ihrer Verehrung zu überreichen. Heute wird Se. Maj. der König noch einmal die Gesamtsynode in einer Audienz empfangen.

Von der Eider, 28. August. (W. Z.) Gestern schickte die Stadt Schleswig, wo der Prinz von Augustenburg, so lange er Statthalter und höchstkommandirender General war, auf dem Schlosse Gottorf residierte, eine Bürgerdeputation mit einer Adresse an denselben nach Nder. In der Adresse bezeugten ungefähr 500 Einwohner aus den verschiedenen Klassen ihm ihre Hochachtung, und bedauern seine Entlassung. Als die Deputation mit dem Prinzen von der nächsten schleswig'schen Ständeversammlung sprach, äußerte er: „ob er selbst hingehe, könne er noch nicht sagen, sein Bruder, der Herzog, aber werde auf jeden Fall hingehen, und der werde eine Propositio an Des-sentlichkeit der ständischen Verhandlungen stellen! Uebrigens müsse man auch eine Verfassung für Schleswig-Holstein verlangen, denn so könne es nicht mehr gehen.“

Der „Hamb. N. Z.“ schreibt man aus Rendsburg ohne Datum: Gestern ging hier ein Reskript an die Polizeibehörde ein, wonach der Debit der heidelberger Adresse verboten und den öffentlichen Blättern im Lande unterlagt wird, derselben zu erwähnen. Dem Vernehmen nach sind bereits mehrere tausend Exemplare dieser klassischen Denkschrift, wogegen manche andere Staats-schriften in hohem Grade schülerhaft erscheinen, hier im Lande verkauft worden. Hier in der Stadt wurden gegen 500 abgesetzt.

Wien, 28. August. (Korresp.) Von einem Staatsanleihen, welches Wienerkorrespondenten als bevorstehend verkünden, weiß man in unterrichteten Kreisen nichts. Wenn ferner von einem Protest des österreichischen Kabinetes gegen die Neuerungen des Papstes in den Zeitungen die Rede ist, so unterläuft auch in dieser Hinsicht ein Irrthum, denn Oesterreich hat unter den letztern päpstlichen Regierungen Reformen im Innern wiederholt und nachdrücklich empfohlen. Es ist geradezu Verleumdung, wenn behauptet wird, Oesterreich wünsche, daß im päpstlichen Staate Zustände fortbestehen mögen, welche Anlaß zur Unzufriedenheit geben, und dort seine Waffenmacht unterhalten zu können. Es ist fürwahr nicht recht begrifflich, wie man der österreichischen Regierung, deren Interesse Italiens Verubigung ist, und welche dort in den eigenen Staaten durch die größtmögliche Verwaltungsforsorgfalt unablässig nach diesem Ziele strebt, eine so verkehrte Politik unterlegen kann. Dagegen ist es sehr wohl denkbar, daß dem Papste Vorsicht angerathen wurde, wie die gewiß großen Schwierigkeiten einer staatlichen Neugestaltung, wobei über-dies auf die übrigen italienischen Staaten Rücksicht zu nehmen sein wird, eine solche Vorsicht allerdings erheischen. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit, über welche bis jetzt noch wenig verlautet, wird hoffentlich nach erfolgter Rück-kehr des Fürsten Staatskanzler in lebhaftest Verhandlung genommen werden. Ganz individuell sprechen wir in Beziehung auf dieselbe den Wunsch aus, daß kein unlauteres Element der edlen Begeisterung, welche dafür erwacht ist, sich beimischen möge, damit über die Quelle, welcher die lebhaftesten Aeußerungen des Nationalgefühls entströmen, kein Zweifel entstehen könne. In dem neulichen Artikel von der Donau in der „Allg. Ztg.“, in welchem diese wichtige Frage nach drei verschiedenen Beziehungen auseinandergesetzt wird, dürfte der Beisatz: abgesehen von den Handelsinteressen u. s. w., der uns und vermuthlich auch Andern auffiel, wohl keine andere Deutung zulassen, als daß die Handelsinteressen (deren hohe Wichtigkeit gewiß Allen einleuchtet) nicht auch den formellen Rechtsgrund bei Behandlung dieser Sache abgeben. Vor der Hand wird es wohl das Beste sein, das Urtheil über das einzuschla-gende Verfahren auszusprechen, da die nächste Folge Ausflärung bringen muß, und da in der gewissen Voraussicht, daß der deutsche Bund das klare gute Recht wahren und vertreten werde, so viele Beweggründe zur einstweiligen Verubigung gegeben sind, daß Zweifel und Besorgnisse eigentlich ganz unstatthast erscheinen. Aber wünschenswerth bleibt es, daß in Deutschland kein Name von Bedeutung genannt werden könne, der nicht in den Reihen der Theilnehmer an der Gesinnungsoffenbarung der Nation glänzte. Daran gewinnt die Diplomatie einen Nachhall, der ihrem Wirken nur förderlich seyn kann. — Der hiesige dänische Gesandte, Graf Löwenstern, geht in längerem Urlaub ehestens nach Holstein.

Italien.

† Paris, 2. Sept. (Korresp.) Briefe aus Livorno vom 26. August melden, daß in Faenza (Legation von Ravenna) eine sehr große Aufregung

herrsche, weil einer der amnestirten politischen Flüchtlinge, der in seine Heimath eben erst zurückgekehrt war, ermordet gefunden wurde. Man schreibt dieses Verbrechen den Bewohnern der Vorstadt zu, die unter dem vorigen Papste die päpstlichen Freiwilligen bildeten. Die Bürger verlangen nun die Auflösung dieses Korps und die Bildung einer Bürgergarde. Auch in Rom ist die Erbitterung gegen die Rückschrittpartei, die allen Reformen des Papstes hemmend entgegentritt, sehr groß, und Kardinal Lambruschini, das Haupt dieser Partei, hat es daher für klug befunden, sich von Rom zu entfernen, mehrere andere Karbinäle und Prälaten wollen seinem Beispiele folgen.

Spanien.

† Paris, 2. Sept. (Korresp.) Die madrider Blätter vom 28. Aug. bringen die offizielle Anzeige, daß Hr. Gonzalez Bravo von seinem Botschafterposten in Lissabon abberufen worden ist. Sein Nachfolger ist Hr. Donoso Cortes. — Die spanische Observationsarmee hat sich von der portugiesischen Gränze zurückgezogen und hat ihr Hauptquartier gegenwärtig in Villalba de Alcon. In Folge des wieder eingetretenen guten Einverständnisses zwischen beiden Mächten wurden von der portugiesischen Regierung fünfzehn spanische Emigranten, deren Papiere nicht in Ordnung waren, zur Disposition der spanischen Behörden gestellt. — Alle madrider Blätter melden, daß Frankreich seine Zustimmung zu der Vermählung der Königin mit dem Infanten Don Francisco unter der Bedingung gegeben habe, daß der Herzog von Montpensier die Infantin Luisa heirathe.

Frankreich.

† Paris, 2. Septbr. (Korresp.) Die Deputirtenkammer hat gestern zu ihrem vierten Vizepräsidenten Herrn Delessert mit 147 Stimmen gewählt; sein Konkurrent, Herr Villault, bekam nur 86 Stimmen. Die Herren Bussières, Dger, Saglio und Laquinalis wurden zu Sekretären gewählt; die Disposition hat also von allen ihren Kandidaten nur einen Sekretär, Herrn Laquinalis, durchgesetzt, dessen Wahl von der Majorität ihr nicht bestritten ward. — Die Linke erklärt heute durch das Organ des „Constitutionnel“, daß sie ihren parlamentarischen Feldzug erst im Monate Januar beginnen werde; es wird also die Adressedebatte ganz ruhig vorüber gehen, und die Session wahrscheinlich schon Ende dieser Woche geschlossen werden. Uebrigens hat nun die Linke auch eine ausgedehnte Wahlreform in ihr Programm aufgenommen. — Aus Macon, Auxerre und Lyon sind mehre Infanteriebataillone in aller Eile nach der Bourgogne abgegangen, wo die Gährung wegen des hohen Standes der Fruchtpreise immer bedenklicher wird. Der „Moniteur“ enthält den durchschnittlichen Marktpreis des Weizens am Schlusse Augusts, und es zeigt sich, daß dieser 24 1/2 Franken per Hektoliter ist, während er Ende Juli nur 22 1/2 Franken war. Das Steigen der Fruchtpreise geht also trotz der nicht uner-giebigen Ernte fort. — Der Handelsminister Cunin-Gridaine soll von den Netzen ausgegeben seyn. — Der russische Gesandte in London, Baron v. Brunow, wird morgen hier erwartet; er wird mehre Wochen in Paris zubringen. Man bringt seine Erscheinung hier mit dem vielbesprochenen Projekte einer Annäherung zwischen Frankreich und Rußland in Verbindung, da der Baron das volle Vertrauen des Kaisers besitzt und zu allen delikaten Missionen verwendet wird. — Joseph Henry ist aus dem Gefängnisse des Luxemburg wieder nach der Conciergerie gebracht worden; man schließt daraus, daß in Folge seiner Aussagen nach der Beurtheilung und der gefundenen Aufschlüsse eine neue Instruktion angeordnet worden ist.

(Sitzung der Abgeordneten-kammer vom 2. Septbr. Die Kammer versammelte sich heute vor der öffentlichen Sitzung in ihren Abtheilungen, um die Adressekommission zu ernennen. Die Ministerielle trugen abermals in allen neun Abtheilungen den Sieg davon. Alle Mitglieder der Adressekommission sind ministeriell und wurden mit sehr bedeutender Mehrheit gewählt. Die Kommission besteht aus den Herren Muret de Bord, Dugraud, d'Angerville, Lacaze, Vitet, Couture, Desmoussieur, Dejean und Daru. In Folge der Erklärungen der Minister kam man von beiden Seiten so ziemlich dahin überein, die Thronrede trage keinen politischen Charakter, und somit solle auch die Adressedebatte sich von den speziellen politischen Fragen entfernt halten und selbe auf die große Session im Januar vertragen. In der ersten und achten Abtheilung war die Diskussion politischer Natur, aber die Minister antworteten allen Interpellationen ausweichend. Nur in Hinsicht der sich immer mehrenden Feuersbrünste in den Departements ward von den Kabinetemitgliedern die Versicherung gegeben, daß die Justiz wache, bedeutende Entdeckungen gemacht habe und alle Missethäter getroffen worden seyen, um diesen verbrecherischen Untrieben ein Ende zu machen. — In der öffentlichen Sitzung übergab der Alterspräsident, Hr. Savon, dem zum Präsidenten gewählten Hrn. Sauzet das Präsidium mit einer kurzen Rede, in der er besonders den Wunsch der Kammer für baldige Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Ausgaben und Einnahmen aussprach; dann wurde die definitive Abtheilung installiert. Bei Postschluß beschäftigte sich die Kammer mit der Wahl der beiden Quästoren. Die Adressekommission trat sogleich zusammen und man glaubt, daß der Adressentwurf noch heute in der Kammer vorgelesen werden wird.

Amerika.

London, 31. August. Der „Globe“ sagt: Das Volk der Vereinigten Staaten scheint des Kriegs mit Mexiko überdrüssig zu seyn. Seine Begeisterung hat sich gedämpft und es beginnt an die Kosten zu denken. Zugleich haben die Amerikaner jedoch den großen Zweck des Krieges, die Gebietsver-werbung nämlich, nicht aus dem Gesicht verloren; statt denselben aber durch Waffengewalt zu erringen, scheinen sie ihn durch Kauf erreichen zu wollen. Die Rationalehre ist durch den Erfolg befriedigt, welche ihre Waffen bereits davon getragen haben. Sie wünschen jetzt Ruhe und einen vortheilhaftesten Vertrag; Kalifornien, oder doch ein Theil desselben, ist wahrscheinlich der Preis, um welchen gegen eine Entschädigung an Mexiko der Friede bewilligt werden soll. Die mit der „Hibernia“ angelangten Nachrichten deuten wenigstens auf ein solches Ergebnis hin. Präsident Polk hat dem mexikanischen Minister des Auswärtigen bereits die Eröffnung von Friedensunterhandlungen vorgeschlagen lassen. Die Worte dieser Botschaft waren unbestimmt, aber freundschaftlich; Polk erbietet sich, einen für beide Theile ehrenhaften Frieden zu schließen. Kommodore Connor, Befehlshaber des amerikanischen Geschwaders im Golf von Mexiko, hat die Depesche Buchanan's unter Waffenhilfsstandsflagge an den Gouverneur von Vera-Cruz überschickt; Connor hat aber zugleich die Weisung erhalten, daß er, falls die mexikanische Regierung sich in Unterhandlungen einlassen wolle, und für die Zeit ihrer Dauer etwa einen

Waffenstillstand vorschläge, diesen Antrag sofort aber freundlich ablehnen solle. Volk hat ihm diese Weisung erteilt, weil er glaubt, daß die Parteien nicht auf gleichem Fuß stehen würden, wenn ein Waffenstillstand zu Stande käme.

nem eigenen Geständnisse dahin ging, den Frieden zu erobern. Jetzt werfen seine Gegner ihm vor, daß er den Frieden erkaufen wolle, was die Nation erniedrigen heiße.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

Bei dem Kontor der „Karlsruher Zeitung“ sind für die Polizeidiener's Wittve Groß in Wintersdorf bei Rastatt ferner folgende milde Beiträge eingegangen: Von 3. Kr. 2 fl. 42 fr., C. F. 24 fr., C. W. 1 fl., Ungeannt 30 fr., zusammen 4 fl. 36 fr.

Fernere Beiträge werden mit Dank entgegen genommen.

Table with 4 columns: Karlsruhe, Sept. 3., Morg. 7 U., Mitt. 2 U., Abends 9 U. Rows include temperature, humidity, wind, population, and other statistics.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, den 6. September: Hinko, oder: Der König und der Freiknecht, romantisches Gemälde der Vorzeit in fünf Aufzügen, von Charlotte Birch-Pfeiffer, nebst einem Vorspiele: Der jüngere Sohn.

D 382.1 Vinzen.

Wohlthätliches Kontor der Karlsruher Zeitung!

Wohldasselbe eruchen die Unterzeichneten ergebenst, nachstehende Rechnungsübersicht in eine der nächsten Nummern der Karlsruher Zeitung aufnehmen zu wollen, und verbinden damit nochmals den Ausdruck des aufrichtigsten Dankes für alle geleistete Beihilfe.

Uebersicht über Einnahme und Ausgabe der Unterstüngen, welche für die hinterlassene Familie des am 8. Nov. 1845 verunglückten Bürgers Johann Friedrich Meier von Vinzen bei Unterzeichneten eingegangen sind:

- A. Durch das Kontor der Karlsruher Ztg. 122 fl. 8 fr.
B. Durch das Kontor der Freiburger Ztg. 237 fl. 9 fr.
C. Durch das Kontor des Mannh. Vrgbl. 68 fl. 44 fr.
D. Bei Unterzeichneten direkt eingegangen 121 fl. 25 fr.
E. Etliche Kleidungsstücke.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Rows include A. Durch das Kontor der Karlsruher Ztg., B. Durch das Kontor der Freiburger Ztg., C. Durch das Kontor des Mannh. Vrgbl., D. Bei Unterzeichneten direkt eingegangen, E. Etliche Kleidungsstücke, and a total sum.

Vinzen, den 1. September 1846. Das Bürgermeisteramt. Das Pfarramt. Schnauffer. G. Frommel.

D 366.2 Rentamt Wald. Verkauf von Brenn- und von eigenem Bau- und Sägholz.

In den herrschaftlichen Waldungen der nachstehenden Reviere wird an den folgenden Tagen das hier nachbezeichnete Brenn- und eichene Bau- und Sägholz im Wege des öffentlichen Aufstreichs unter Genehmigungsvorbehalt, gegen Baarzahlung vor der Abfuhr, welche längstens bis 15. Dez. d. J. zu geschehen hat, verkauft werden, als:

- I. Revier Kengetsweiler. Montag, den 21. Sept., in den Distrikten Dintershofenpau, Dotterberg, Gönnerthal und Reiggenbacherloch: 62 Stück Eichen, 63 1/4 Klafter eichenes Brennholz, 1 1/4 " buchenes do., 2 1/4 " tannenes do., 18 1/4 " Prügelholz.

Die Zusammenkunft an diesem Tage ist Vormittags 9 Uhr bei dem Wirtshaus in Kengetsweiler.

- Dienstag, den 22. Sept., in den Distrikten Stobren und oberes Vernohölzle: 63 Stück Eichen, 78 Klafter eichenes Brennholz, 13 1/4 " tannenes do., 14 1/4 " Prügelholz.

Die Zusammenkunft ist Vormittags 9 Uhr im Ort Büschhofen.

- II. Revier Jgelswies. Mittwoch, den 23. Sept., in den Distrikten Spannreute und Bannholz: 170 Stück Eichen, 126 3/4 Klafter eichenes Brennholz, 2 " buchenes do., 3 " tannenes do., 36 1/2 " Prügelholz.

Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr in dem Wirtshaus in Jgelswies.

- III. Revier Otterswang. Donnerstag, den 24. Sept., in den Distrikten Wolfsbühl, Subenberg, oberer und unterer Rindfoppen und Alpenpau: 201 Stück Eichen, 4 " Tannen, 117 1/2 Klafter eichenes Brennholz, 26 1/4 " tannenes do., 28 1/2 " Prügelholz und 1300 Stück Hopfenhangen.

Die Zusammenkunft ist Morgens halb 9 Uhr beim Förstereihaus in Otterswang.

- IV. Revier Wald. Freitag, den 25. Sept., in den Distrikten Rastebuchen, Birtenbühl, Hennenbühl, Langensoppen, Sanketsweiler, Stodackerfoppen und Kernhölzle: 36 Stück Eichen, 32 1/4 Klafter eichenes Brennholz, 2 1/4 " tannenes do., 8 3/4 " Prügelholz.

Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr bei der Kopsplatte an der Strafe von Wald nach Raß.

- Samstag, den 26. Sept., in den Distrikten Gauohalbe, Fuchshalbe, Uchtwald und Gemeinert: 49 Stück Eichen, 58 Klafter eichenes Brennholz, 6 1/2 " tannenes do., 12 3/4 " Prügelholz und 150 Wellen.

Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr in dem Orte Wald.

- Am gleichen Tage, Nachmittags 3 Uhr, in dem Distrikt Tannenwald: 18 1/4 Klafter tannenes Holz und 575 Wellen.

Die Zusammenkunft ist im Wirtshaus zu Lautenbronn. Die näheren Bedingungen werden bei der Steigerung selbst eröffnet werden.

Hierzu lazet man die Kaufsliebhaber ein. Wald, den 26. August 1846. Fürstl. hohenzollern-stigmaringen'sches Rentamt. D 397.2 Karlsruhe.

Lieferung von Wagenlichtern.

Die Lieferung der für die Postadministration pro 1846/47 erforderlichen Wagenlichter, bestehend in 30 Zentnern Taglichter soll an den Benachforderten im Summitionswege begeben werden.

Die hierzu Lusttragenden wollen ihre Summitionen vor dem 20. September d. J. versiegelt, und mit der Aufschrift: „Wagenlichter-Lieferung“ bei der unterzeichneten Stelle einreichen.

Die Lieferungsbedingungen können bei der Postmaterial-Verwaltung dahier eingesehen werden. Karlsruhe, den 2. September 1846.

Direktion der großh. Posten und Eisenbahnen. v. Mollenbec. vdt. Frey.

Staatspapiere.

Paris, 2. Septbr. 3proz. konfol. 84. — 1844 3proz. — 5proz. konfol. 121. 75. Bantakt. 3485. — Stadt-Oblig. 1392. 50. St. Germaineseisenbahnaktien — Versailles Eisenbahnakt. rechtes Ufer — linkes Ufer 260. — Dr. Eisenbahnakt. 1275. — Rouen 965. — Straßburg-Basel 220. — Belg. Anleihe (1840), 102 7/8. (1842) — Rom. do. 102 1/2. Span. Akt. 34. Pass. 5 7/8. Neap. 102. — Wien, 31. Aug. 5proz. Metalliques 111. 4proz. 100 1/2. 3proz. 73 1/2; 1834er Loose 157 1/2, 1839er Loose 127 3/4, Bantaktien 1567, Nordbahn 176 1/2, Loggnis 128 3/4, Venetig-Mailand 112 1/2, Livorno 105, Pesth 90 3/4, Großk. 93 3/8, Siena 83.

Table with 4 columns: Location, Paper Name, Price, and Gold. Rows include Frankfurt, 3. Septbr., Preussische Metalliquesobligationen, Wiener Bankaktien, etc.

Mit einer Anzeigenbeilage, dem Beiblatt Nr. 216 u. 217 und dem Studienplan der polytechnischen Schule hier für das Jahr 1846 — 47.